



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Akzeptanz der Corona-Maßnahmen nicht vernachlässigen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für mehr Transparenz und Einheitlichkeit im Corona-Krisenmanagement zu sorgen.

Wichtig dabei ist insbesondere:

1. Die Staatsregierung soll eine „Corona-Website“ des Freistaates Bayern einrichten, mit dem Ziel, höchste Transparenz zu schaffen und für lückenlose, verständliche, barrierefreie und immer aktuelle Informationen über die geltenden Regelungen aus einer Hand zu sorgen, und die Grundlagen für die jeweiligen politischen Entscheidungen offen zu legen.
2. Die Staatsregierung soll dafür Sorge tragen, dass die „Corona-Website“ in der Öffentlichkeit mittels Werbung bekannt wird, mit dem Ziel, dass jede und jeder im Freistaat Bayern die Website kennt und die Inhalte verstehen kann.
3. Die Staatsregierung soll dafür Sorge tragen, dass insbesondere jüngere Menschen besser erreicht werden, in dem zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit und erklärende Kampagne auf Social Media (YouTobe, Instagram, TikTok) regelmäßig erfolgen.
4. Die Staatsregierung soll einen verbindlichen Leitfaden mit den Gesundheitsämtern und dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit klaren Regeln erarbeiten, mit dem Ziel, das Vorgehen der Gesundheitsämter in der Bewältigung der Coronakrise insbesondere beim Ausbruchgeschehen in Einrichtungen wie Pflegeheimen, Schulen etc. und bei Quarantäneanordnungen zu vereinheitlichen sowie transparenter zu gestalten und insbesondere die Betroffenen besser zu informieren, damit sie die Einschränkungen nachvollziehen können.

### **Begründung:**

Regelchaos, steigende Infektionszahlen, Angst vor dem Verbot, Verwandte an bevorstehenden Weihnachtsfeiertagen zu besuchen – so empfinden manche Bürgerinnen und Bürger die derzeitige Situation. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die getroffenen Coronamaßnahmen droht zu schwinden, wenn sie die Politik am meisten benötigt. Dies zeigen zumindest die aktuellen Umfragen. Ein wichtiger Grund für die zunehmende Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement von Bund sowie auch Ländern soll die mangelnde Nachvollziehbarkeit einiger Regeln und Entscheidungen der Gesundheitsämter sein.

Wo es an nachvollziehbaren Begründungen mangelt, steigt das Misstrauen der Bevölkerung. Dies kann die Akzeptanz der Corona-Regeln langfristig sehr gefährden. Außerdem ist der Corona-Flickenteppich ein weiterer Grund für den Vertrauensverlust in die Krisenstrategie.

Je besser und umfangreicher sich die Menschen informiert fühlen und je einfacher der Zugang zu validen Informationen ist, desto eher sind sie bereit, erneute Einschränkungen neben den ohnehin geltenden Maßnahmen zu akzeptieren. Eine „Corona-Internetseite des Freistaates“ mit allen relevanten Informationen aus einer Hand, würde zu mehr Transparenz, Sicherheit und Vertrauen beitragen. Eine zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit mittels Social Media, um insbesondere die Gruppe der Jüngeren zu erreichen, ist dabei selbstverständlich.

Das Ziel muss sein, gemeinsam gegen das Virus vorzugehen, um die Coronakrise zu stemmen. Die Politik muss jetzt alle Weichen dafür stellen, dass keine Zweifel bzw. Misstrauen in der Bevölkerung wachsen. Denn in dieser Pandemie kommt es auf das Verhalten jedes Einzelnen an.

Für alle Maßnahmen gilt: Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf klare, verbindliche Regeln, die jeder nachvollziehen kann. Wenn Regeln Verwirrung stiften und einzelne Regeln nicht nachvollzogen werden können, leidet die Akzeptanz.